

## Rede von Helmut Kohl vor dem Bundestag (Bonn, 7. Dezember 1984)

**Legende:** Am 7. Dezember 1984 kommt der Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem deutschen Bundestag auf die Zwischenberichte der beiden Ad-hoc-Ausschüsse zu sprechen, die dem Europäischen Rat in Dublin vorgelegt wurden.

**Quelle:** Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 08.12.1984, Nr. 152. Bonn: Deutscher Bundesverlag.

**Urheberrecht:** (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_helmut\\_kohl\\_vor\\_dem\\_bundestag\\_bonn\\_7\\_dezember\\_1984-de-24900fe9-036c-4aca-a5a1-e5692cee6315.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_helmut_kohl_vor_dem_bundestag_bonn_7_dezember_1984-de-24900fe9-036c-4aca-a5a1-e5692cee6315.html)

**Publication date:** 20/10/2012

## Rede von Helmut Kohl vor dem Bundestag (Bonn, 7. Dezember 1984)

[...]

Schließlich, meine Damen und Herren, hat sich der Europäische Rat mit den Zwischenberichten der beiden Ad-hoc-Ausschüsse befaßt, die wir in Fontainebleau eingesetzt haben. Ich begrüße es, daß der Ausschuß für institutionelle Fragen bereits nach kurzer Beratungszeit einen Zwischenbericht vorlegen konnte. Es handelt sich um ein sehr substantielles Dokument mit einer politischen Perspektive, obwohl - das muß man gleich hinzufügen - dies nur ein Vorschlag des Ausschusses ist und die einzelnen Vorschläge noch keineswegs die Zustimmung aller Partner gefunden haben.

Der Europäische Rat hat in Dublin den Zwischenbericht einer ersten Erörterung unterzogen und beschlossen, ihn zu veröffentlichen. Wir haben den Ausschuß aufgefordert, seine Arbeit bis zur Märzsession fortzusetzen und zu versuchen, auf ein Höchstmaß an Übereinstimmung hinzuwirken und dann dem Europäischen Rat einen Schlußbericht vorzulegen.

Dieser Schlußbericht soll auf meinen Antrag hin in einer ganztägigen Sitzung, die mit der Sitzung des Europäischen Rates im Juni in Rom zusammenfällt, diskutiert werden. Ich hoffe, daß wir dabei zu weiterreichenden Entscheidungen kommen.

Ich will es noch deutlicher ausdrücken: Ich bin der Auffassung, daß sich die einzelnen Regierungen, die einzelnen nationalen Parlamente und die einzelnen Partnerländer in der Gemeinschaft bis zu diesem Zeitpunkt darüber klar werden müssen, was sie mit der Gemeinschaft für die Zukunft wollen.

Ich habe in Dublin gesagt: Wir können es wenden, wie immer wir wollen; im Laufe des Jahres 1985 kommt für uns alle die Stunde der Wahrheit: Wollen wir bei der politischen Integration, ich sage etwas pathetisch: beim Bau der Vereinigten Staaten von Europa voranschreiten, oder wollen wir hinnehmen, daß die EG in einer irgendwie gearteten gehobenen Freihandelszone verharrt? Das ist die Grundsatzentscheidung. Ich bin dafür, daß wir diese Diskussion mit allen unseren Partnern fair führen.

Ich trete auch dafür ein, daß wir nicht, von vornherein Andersdenkende in der Gemeinschaft ausgrenzen, sondern daß wir den Versuch machen, möglichst zu übereinstimmenden Positionen zu kommen. Aber es ist ein Gebot der Ehrlichkeit und der Redlichkeit, auch heute schon zu sagen, daß die Aussichten auf eine völlige Übereinstimmung aller Partner in dieser Frage nicht sonderlich groß sind, sondern daß wir damit rechnen müssen, daß sich hier unterschiedliche Entwicklungen zeigen werden, daß auch einiges auseinanderlaufen wird, daß wir nicht zu einer völligen Übereinstimmung kommen.

Für uns ist vor allem das institutionelle Kapitel des Berichtes wichtig. Der Ausschuß wird daran weiterarbeiten. Wir wünschen, daß er seine Arbeit über Maßnahmen und Institutionen einer gemeinsamen Außenpolitik, zur Verteidigungs- und Sicherheitspolitik und zum Binnenmarkt weiterführt. Diese Bereiche gehören für uns zu einer Europäischen Union. Sie erfüllen den oft zu Unrecht als abstrakt gescholtenen Begriff der Europäischen Union mit politischem Leben.

Auch der ebenfalls auf dem Europäischen Rat in Fontainebleau eingesetzte Ad-hoc-Ausschuß für ein Europa der Bürger hat einen ersten Zwischenbericht erstattet. Er gibt einen Überblick über die Tätigkeitsbereiche, die geeignet sind, konkrete Maßnahmen zu erarbeiten, die den Bürgern den Sinn der Gemeinschaft näher bringen können. Auch dieser Ausschuß wird im März dem Europäischen Rat seinen abschließenden Bericht unterbreiten.

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit hat der Europäische Rat auch eine Reihe wichtiger außenpolitischer Fragen beraten. Das Ergebnis zu den Themen Naher und Mittlerer Osten, West-Ost-Beziehungen, Mittelamerika und Bekämpfung des Terrorismus ist in den ja veröffentlichten Schlußfolgerungen festgehalten.

Ich darf zusammenfassend feststellen: Der Europäische Rat in Dublin hat in einer ungewöhnlich

schwierigen Lage dennoch wichtige Sachentscheidungen getroffen. Er hat seinen Blick in die Zukunft gerichtet, auf eine Gemeinschaft, die die Erweiterung will und ihren Beitrag dazu leisten konnten, eine Gemeinschaft, von der wir hoffen, meine Damen und Herren, daß möglichst alle Mitglieder ihren Beitrag zur politischen Einigung Europas leisten wollen.

Wir, die Bundesregierung, sind bereit, auf diesem Wege - wie ich hoffe: mit einer breiten Unterstützung im Deutschen Bundestag - gemeinsam mit unseren europäischen Partnern voranzugehen.